

Zeit zum Umdenken – Klimawandel verhindert Entwicklung

Die in den vergangenen Jahrzehnten weltweit beobachtete Zunahme der Naturkatastrophen hat ihren vorläufigen Höhepunkt in den Jahren 2004 und 2005 erreicht. Der überwiegende Teil dieser Katastrophen ist auf Klimaeinflüsse zurückzuführen. Nur 16 % der 14.000 seit 1980 aufgetretenen Naturkatastrophen sind durch Erdbeben oder Vulkanausbrüche verursacht worden. Die Zunahme der Wetterextreme ist ein eindeutiger Hinweis auf die globale Klimaveränderung.

Allein in Afrika führt die Deutsche Welthungerhilfe derzeit große Hilfsprogramme für mehrere hunderttausend Menschen in Mali, Niger, Burkina Faso und Kenia durch, die durch den seit Jahren ausbleibenden Regen vom Hungerstod bedroht sind.

Die durch Klimaveränderungen bedingte Zunahme der Naturkatastrophen ist auch in der Karibik und Zentralamerika offensichtlich. Seit Mitte der 90er Jahre ist die Häufigkeit schwerer Hurrikane um rund 170 % angestiegen. Auf der Liste der zehn stärksten jemals gemessenen Wirbelstürme stehen allein drei aus dem Jahr 2005 (Wilma, Rita und Katrina). Der Klimawandel führt aber auch zu schleichenden Veränderungen. Die Intensität und Häufigkeit der Niederschläge hat sich deutlich verlagert. Die während der längeren Trockenperioden ausgetrockneten und verkrusteten Böden können den mit großer Intensität auftreffenden Regen nicht mehr aufnehmen. Das Wasser fließt oberflächlich ab, ohne Nutzen für die Trinkwasserspeicher und die Landwirtschaft. Durch Verschiebung der Anbauperioden sinken die Ernteerträge der Bauern, das Nahrungsmittelangebot für die Menschen nimmt ab.

Die extremen Schäden, die der Hurrikan Wilma in den USA anrichtete, haben die Öffentlichkeit und die Fachwelt aufgeschreckt. Wenig Aufmerksamkeit erhalten dagegen arme Länder wie Haiti, die Dominikanische Republik, Kuba oder die zentralamerikanischen Staaten, in denen viele tausend Menschen in den letzten beiden Jahren Opfer der Wirbelstürme wurden. Allein bei dem Tropensturm Jeanne sind 2004 in Haiti annähernd

3.000 Menschen durch Überschwemmungen ums Leben gekommen, über 200.000 wurden obdachlos. In Sichtweite zu Haiti leiden die Menschen in den Ostprovinzen Kubas dagegen seit acht Jahren unter extremer Trockenheit, die die Trinkwasserquellen versiegen lässt und die Nahrungsmittelproduktion beeinträchtigt. Gleichzeitig wurden die nördlichen und zentralen Landesteile Kubas von drei schweren Wirbelstürmen (Charley, Ivan, 2005; Dennis, 2005) heimgesucht.

Von den Klimaveränderungen am stärksten betroffen sind die armen Menschen in den zumeist mittellosen Staaten der Region. Sie sind in ihrer Existenz bedroht, haben keine Reserven, um aus eigener Kraft den Wiederaufbau leisten zu können. Ihre Regierungen sind meist nicht in der Lage, sie ausreichend zu unterstützen.

Die Projektarbeit der Deutschen Welthungerhilfe in der Region wird zunehmend von diesen Naturkatastrophen bestimmt. Um die Versorgung mit Lebensmitteln der Bevölkerung in den Dürregebieten Kubas sicherzustellen, hat die DWHH seit Mitte der 90er Jahre rund 4,8 Mio. € für die Wasserversorgung und die Nahrungsmittelproduktion von 3.800 Kleinbauern und 120 Genossenschaften aufgewendet. Als Sofort- und Wiederaufbauhilfe nach Wirbelstürmen wurden in den letzten zwei Jahren in Haiti, Guatemala, El Salvador und Kuba rund 370.000 Menschen mit 2,9 Mio. € unterstützt. Auch internationale und nationale Geber stellen zunehmend mehr Finanzmittel für Nothilfe und Wiederaufbauprogramme zur Verfügung.

Dabei ist zu beobachten, dass zunehmend weniger Finanzmittel für längerfristige Entwicklungsprojekte bereitgestellt werden, die weniger spektakulär sind und keine schnellen Erfolgsmeldungen erwarten lassen. Die öffentlichen Zuschüsse an die DWHH für ihre weltweiten Maßnahmen im Bereich Nothilfe und Rehabilitation hatten 2005 einen Anteil von 66 %. Die Überleitung von der kurzfristigen Nothilfe nach Naturkatastrophen zu Maßnahmen, die eine nachhaltige, von den Menschen selbstgetragene Verbesserung ihrer Lebenssituation unterstützen, wird dadurch verhindert. Von der Politik ist ein Umdenken und die stärkere Förderung von Entwicklungsvorhaben nach Naturkatastrophen zu fordern (LRRD - linking relief rehabilitation development).

Die von den Naturkatastrophen am stärksten betroffene arme Bevölkerung in den Entwicklungsländern ist in der Regel nicht auf diese Ereignisse vorbereitet. Im Jahr 2003 starben bei Naturkatastrophen 97 % der Todesopfer in Entwicklungsländern. Für Katastrophenvorsorge und -hilfe verfügen die Regierungen dieser Länder nicht über die ausreichenden Ressourcen. Die Entwicklungshilfeorganisationen und öffentlichen Einrichtungen müssen daher Maßnahmen zur Katastrophenvorsorge stärker fördern und in Entwicklungsvorhaben integrieren. Nach dem Wirbelsturm Mitch unterstützt die Deutsche Welthungerhilfe seit 2001 in ländlichen Gemeinden Nicaraguas Maßnahmen zur Vorsorge vor Naturkatastrophen. Der Schwerpunkt liegt in der Stärkung der Selbsthilfefähigkeit von Menschen und Organisationen vor Ort, um Katastrophen zu vermeiden oder ihre Auswirkungen zu lindern. Insgesamt wurden 50.000 Menschen mit 1,3 Mio. € beim Aufbau einfacher Frühwarnsysteme, der Ausbildung und Ausrüstung von Nothilfebrigaden unterstützt. Dazu gehört auch die Ausweisung von Risikozonen in Zusammenarbeit mit den Gemeindeverwaltungen.

Die durch Naturkatastrophen in den Entwicklungsländern verursachten menschlichen und materiellen Schäden berühren auch die Industrieländer. Nicht nur die direkten Verluste an Investitionen international tätiger Firmen und die öffentlichen Mittel, die für Nothilfe Maßnahmen aufgewendet werden müssen - sie führen auch zu einer zunehmenden Verarmung der Menschen in der betroffenen Regionen. Die durch Armut bedingte Migration der Menschen zurück in die Industriestaaten gerät zunehmend in das öffentliche Interesse.

Auch aus Sicht der Entwicklungsorganisationen ist die Unterzeichnung und Einhaltung der Klimaabkommen durch alle Staaten zu fordern, um den fortschreitenden Prozess der Klimaveränderung und ihre Folgen für die Entwicklungsländer zu bremsen.